

„Die Steuerungsphilosophie hat sich gewandelt ...“



Interview der Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik mit Annegret Kramp-Karrenbauer, Präsidentin der Kultusministerkonferenz

ZBW: *Frau Ministerin, Bundesbildungsministerin Schavan hatte vor einiger Zeit einen Innovationskreis Berufliche Bildung ins Leben gerufen, um die anstehenden Herausforderungen in der Berufsbildung in den Blick zu nehmen. Was unternimmt die Kultusministerkonferenz, um sich mit den drängenden Fragen der schulischen Berufsbildung eher grundsätzlich und mit einer mittelfristigen Reformperspektive zu beschäftigen?*

Kramp-Karrenbauer: In allen Ländern als den zuständigen Stellen werden sehr grundsätzlich Reformperspektiven nicht nur für die schulische, sondern auch für die duale Berufsausbildung beraten und in die Tat umgesetzt werden. Zwei Beispiele mögen dies verdeutlichen:

- In allen Ländern wurden neue Systeme zur Qualitätssicherung beruflicher Bildung eingeführt. Im Saarland bei-

spielsweise sind bis zum Ende des Schuljahres 2007/08 alle Berufsbildungszentren nach der entsprechenden ISO- Norm zertifiziert.

- Alle Länder sind dabei, beruflichen Schulen mehr Handlungsfreiheit zu geben. Dies versetzt Schulen in die Lage, flexibler Partner auf dem Ausbildungsmarkt zu sein und gemeinsam mit Schülern, Lehrern, Arbeitnehmern, Arbeitgebern, kommunalen Behörden, privaten und staatlichen Bildungsanbietern vor Ort ein kohärentes Konzept zur Entwicklung der Region zu verabreden.

Im Innovationskreis Berufliche Bildung ist die Position der Kultusministerkonferenz aufgenommen worden, zugunsten breiter beruflicher Qualifizierung die Überspezialisierung in der Berufsausbildung zurückzudrängen.

Dies zeigt, dass im Vordergrund des Handelns der Kultusministerien das gegenseitige Vertrauen in die Verantwortung und die Innovationskraft der Länder steht. Koordiniert wird in klarer Umsetzung des Beschlusses der Ministerpräsidenten von 2004 nur dort, wo die Länder Koordinierungsbedarf als notwendig erachten.

ZBW: *Berufsbildende Schulen sind in den vergangenen Jahren aufgrund der fehlenden Ausbildungsplätze im dualen System in eine Art Lückenbüßer-Rolle geschlüpft. Wo sehen Sie unabhängig von diesen reaktiv zu bewältigenden Feldern die proaktiv zu gestaltenden Felder, die den beruflichen Schulen ein zukunftsorientiertes Profil verleihen können?*

Kramp-Karrenbauer: Zunächst einmal muss festgestellt werden, dass das Angebot an dualen Ausbildungsplätzen regional sehr unterschiedlich war. Richtig ist sicher, dass die Länder und die Berufsbildenden Schulen – dort wo notwendig – ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung im Rahmen schulischer Angebote entsprochen haben. Deshalb kann auch erwartet werden, dass die Kammern und Wirtschaftsministerien die entsprechend ausgebildeten Schülerinnen und Schüler zur Kammerprüfung nach § 43 Abs. 2 BBiG zulassen.

Und wir erwarten von den Arbeitgebern, dass sie diesen ausgebildeten und geprüften jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt eine faire Chance geben.

Auf die Zukunft bezogen achten wir in allen beruflichen Bildungsgängen auf verstärkte Durchlässigkeit. Damit geben wir insbesondere jenen Schülerinnen und Schülern eine Chance, deren Entwicklungsmöglichkeiten im allgemein bildenden Schulwesen nicht ausreichend gefördert werden konnten. Außerdem schaffen wir so berufsbezogene Wege zum Studium und leisten damit einen

Beitrag zur Reduzierung des Fachkräftemangels auf allen Anspruchsebenen. In manchen Ländern erwerben schon mehr als 50 % der Schülerinnen und Schüler die Hochschulreife in beruflichen Schulen. Und damit auch hier Umwege vermieden werden, erwarten wir natürlich von der Hochschule, dass sie die in beruflichen Bildungsgängen erworbenen Kompetenzen auch angemessen anrechnet, wo dies möglich ist.

ZBW: *Die Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt führen dazu, dass Berufsschüler im dualen System kontinuierlich abnehmen, dafür die Zahl der Schüler in Berufsvorbereitungs- und vollzeitschulischen Berufsausbildungsgängen steigen. Damit einher geht die Beobachtung, dass immer mehr der Probleme in Gesellschaft und Beschäftigung in die Schule getragen werden. Gleichzeitig ist die Versorgung der Schulen mit qualifizierten Lehrkräften gefährdet. Sind die Schulen und die Lehrenden noch in der Lage, unter diesen Bedingungen den Strukturwandel zu bewältigen?*

Kramp-Karrenbauer: Die jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes geben Anlass zur Hoffnung: Die Auszubildendenzahlen steigen und die Zahlen insbesondere in berufsvorbereitenden Bildungsgängen gehen zurück. Sorgen macht uns nach wie vor die große Zahl derjenigen, die in den vergangenen Jahren nicht zum Zuge gekommen sind. Hier erwarten wir, dass die Wirtschaft, auch unterstützt von günstigen Konjunkturdaten, ihre Anstrengungen nochmals steigert und sich ihrer Ausbildungsverpflichtung aktiv stellt. Perspektivlosigkeit und Unmotiviertheit von Jugendlichen aufgrund fehlender Ausbildungs- und Arbeitsplätze kann am besten durch ein ausreichendes Ausbildungs- und Beschäftigungsangebot begegnet werden, insbesondere in Zeiten von Facharbeitermangel. Schule kann hierbei

nur assistieren, indem sie Jugendlichen beispielsweise hilft, ihre Angebotsbedingungen zu verbessern.

Selbstverständlich müssen wir darüber nachdenken, ob alle Probleme, die in Schulen auftauchen, ausschließlich von Lehrerinnen und Lehrern gelöst werden müssen. Für eine Reihe von Problemen, die beispielsweise aus einer veränderten Elternrolle und einer veränderten Verantwortung von Eltern gegenüber ihren Kindern resultieren, brauchen Lehrerinnen und Lehrer starke Partner. Hier streben wir an, in den nächsten Jahren die regionale Vernetzung zwischen Schulen, dem schulpсихologischen Dienst, den Wohlfahrtsverbänden, den Kommunen stärker als bisher auszubauen.

Und nicht zuletzt ist auch Schule konjunkturabhängig. In Zeiten der Hochkonjunktur sinkt die Bereitschaft, ein Lehramt zu ergreifen, in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit gewinnt auch der Arbeitsplatz Schule, der ja ein durchaus sicherer Arbeitsplatz ist, an Attraktivität.

ZBW: *In einigen Berufsrichtungen gelingt es kaum noch, den notwendigen Berufsnachwuchs zu rekrutieren. Welche Maßnahmen könnten das Lehramt an den berufsbildenden Schulen attraktiver machen?*

Kramp-Karrenbauer: Der Bedarf an Lehrkräften ist fächerspezifisch, schulartenspezifisch und oft auf bestimmte Regionen begrenzt. Die alten und die neuen Länder müssen hier getrennt betrachtet werden, da ihre Situation sehr unterschiedlich ist.

Die Kultusministerkonferenz hat 2003/2004 eine Image-Kampagne durchgeführt, um den Lehrerberuf attraktiver zu machen und sein unberechtigt negatives Bild in der Gesellschaft zu verändern. Ein Effekt war dabei, dass der Lehrerberuf auch für Seiteneinsteiger attraktiver geworden ist. Eine deutliche

Resonanz ist seither durch entsprechende Nachfragen feststellbar.

Eindeutig setzt die Kultusministerkonferenz auch bei der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern an berufsbildenden Schulen auf die grundständige Ausbildung auf Master-Niveau. Aus konjunkturellen Gründen, wie bereits oben ausgeführt, aber auch aus Gründen großer Differenzierung (Wo studieren Lehrer/Lehrerinnen für Seiler, Augenoptikerinnen und Binnenschiffer?) werden wir im beruflichen Schulwesen immer auf einen gewissen Prozentsatz an Seiteneinsteigern angewiesen sein. Diese meist hochmotivierten Ingenieure/Ingenieurinnen oder Betriebswirte/Betriebswirtinnen bringen erhebliche Praxiserfahrung mit, müssen aber noch professionell pädagogisch ausgebildet werden. Hierfür sind in den letzten Jahren in den Ländern verstärkt Möglichkeiten des Einstiegs in den Lehrerberuf eröffnet worden.

ZBW: *Wie beurteilen Sie die Neuausrichtung des Studiums von Berufs- und Wirtschaftspädagogen nach dem Bachelor/Master-Modell? Ließe sich mit einer solchen Studienstruktur mehr Flexibilität bei der Gewinnung des Berufsschullehramtsnachwuchses gewährleisten?*

Kramp-Karrenbauer: Die Bachelor-/Masterstudiengänge wie auch die modularisierten Staatsexamensstudiengänge haben das Berufsziel „Schule“ sehr genau im Blick. Daraus folgt das Angebot von fachwissenschaftlichen Modulen, die auf den Berufseinsatz als Lehrer/in vorbereiten, höhere Anteile der Bildungswissenschaften am Studium und praktische Anteile bereits im Studium.

Durch die Polyvalenz der Bachelor-Studiengänge wird den Studentinnen und Studenten der Fachwissenschaften bzw. der beruflichen Fachrichtungen noch nachträglich ermöglicht, in lehramtsbezogene Studiengänge zu wechseln, wenn Interesse und Eignung dafür

vorliegen. Vor allem für das berufliche Lehramt bieten sich hierbei viele Möglichkeiten zu einer neuen Kursrichtung während der Erstausbildung oder zum Seiteneinstieg in den Lehrerberuf. Die Kultusministerkonferenz hat außerdem die Möglichkeit geschaffen, verstärkt Fachhochschulleistungen in die Lehrerausbildung für das berufliche Lehramt einzubeziehen.

Als Reaktion auf den Bologna-Prozess hat die Kultusministerkonferenz die „Rahmenvereinbarung über die Ausbildung und Prüfung für ein Lehramt der Sekundarstufe II (berufliche Fächer) oder für die beruflichen Schulen (Lehramtstyp 5)“ (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12.05.1995 i.d.F. vom 20.09.2007) überarbeitet und der neuen Ausbildungssituation angepasst.

ZBW: *In allen Bundesländern steht das Thema „Qualitätsmanagement“ auch für berufliche Schulen ganz oben auf der Agenda. In vielen Schulen begegnet man dieser Entwicklung mit Zurückhaltung, nicht zuletzt auch deshalb, weil nicht immer deutlich ist, ob seitens der Kultusbehörden eher ein Entwicklungs- oder eher ein Kontrollansatz verfolgt wird. So sollen die Schulen mehr Gestaltungsspielräume erhalten, gleichzeitig werden Schulinspektoren eingeführt, über Qualitätsagenturen von außen neue Steuermechanismen und externe Ziele eingeführt und so doch starke Kontrollmechanismen installiert. Besteht nicht die Gefahr, dass mit diesen Tendenzen zu einer „regulierten Selbstregulation“ in den Schulen nicht das Gegenteil dessen bewirkt wird, was politisch angestrebt wird?*

Kramp-Karrenbauer: In der Tat hat sich die Steuerungsphilosophie, auch beeinflusst durch die Beratungen in der Europäischen Union, gewandelt. Vom Input zum Outcome. Ich hoffe, dass die dickbauchigen Bände der Schulverwaltungs-

vorschriften in Zukunft schmaler werden. An ihre Stelle treten klar definierte Rahmen wie der staatliche Bildungsauftrag und Curricula, die hoffentlich so formuliert sind, dass sie auch operationalisierbare Ziele enthalten. Schule und Bildungsverwaltung müssen dann vereinbaren, wie diese Ziele erreicht werden können und welche Mittel hierfür benötigt werden. In einem solchen Prozess ist es nur logisch, dass sich beide Partner auch darüber verständigen, wie die Zielerreichung kontrolliert werden kann. D.h., auch in Zukunft wird es staatliche Ziele geben, die der Gesetzgeber vorgibt und die durch Schule erreicht werden sollen. Allerdings können die Wege zum Erreichen der Ziele ganz unterschiedlich sein. Hier bieten sich für Schulen große Chancen, ihr Profil herauszubilden und sich in Zusammenarbeit mit der Region zu entwickeln. Lehrer und Lehrerinnen, Bildungsgangkonferenzen, Schulkonferenzen werden vor Ort entscheiden können, aber auch müssen, welchen Beitrag sie eigenständig leisten können und wo sie Verbündete brauchen bei der Erreichung der durch den Gesetzgeber vorgegebenen Ziele. Starre Schulvorschriften behindern die eigene Initiative, richtig angewandtes Qualitätsmanagement kann durchaus über die Reflexion zum eigenen Handeln Innovation befördern und die Arbeitszufriedenheit aller im System Schule steigern.

ZBW: *Die Berufsschulen sitzen in der Abschlussprüfung immer noch am Kantentisch der Berufsausbildung. Zwar stellen sie einen hohen Anteil der Prüfungsausschüsse, die Leistungen der Auszubildenden aus der Berufsschule fließen hingegen nicht unmittelbar in die Abschlussprüfung ein. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Forderung nach einer gleichwertigen Berücksichtigung der Berufsschulleistungen umzusetzen?*

Kramp-Karrenbauer: Die Kultusministerien hätten sich bei der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes 2005 eine stärkere Berücksichtigung des dualen Partners Berufsschule gewünscht. Aus verschiedenen Gründen ist dies nicht erfolgt, und eine Novelle des Berufsbildungsgesetzes in dieser Frage ist nicht in Sicht. In dieser Situation ist es nur ein schwacher Trost, dass zumindest die Möglichkeit besteht, in der Schule erbrachte und dokumentierte Leistungen nach § 39 Abs. 2 BBiG in das Ergebnis der Abschlussprüfung einmünden zu lassen.

Gleichzeitig muss sich die Kammerseite fragen lassen, ob sie sich weiterhin als Bestandteil eines einheitlichen Bildungssystems verstehen will. Dieses Bildungssystem reformiert sich gerade entlang der Entwicklungslinien Qualität, Bildungsstandards, Vergleichbarkeit der Ergebnisse, Outcome-Orientierung, Europatauglichkeit. Berufsschule ist in diesen Prozess einbezogen, was von allen Seiten begrüßt wird. Moderne Abschlussprüfungen der zuständigen Stellen (Kammern) müssen eben auch den oben genannten Standards von Qualität und Vergleichbarkeit Genüge tragen, insbesondere, wenn sie auch weitergehende Berechtigungen beinhalten sollen. Wo berufliche Schulen hier ihre Erfahrungen in der professionellen und nachvollziehbaren Bewertung von Lernleistungen einbringen können, werden sie dies gerne tun. Und wo Qualifikationen bereits eindeutig durch nachvollziehbare Leistungsbewertungen der Schule nachgewiesen sind, ist es unökonomisch und unzeitgemäß, sie erneut nachzuprüfen.

ZBW: *Zahlreiche Berufsschulen engagieren sich bereits seit geraumer Zeit auch in der Weiterbildung. Kritiker weisen darauf hin, dass solche Initiativen nicht zu rechtfertigen seien, solange immer noch Unterrichtsausfall zu beklagen ist.*

Was spricht vor diesem Hintergrund für ein Engagement der beruflichen Schulen auch in der Weiterbildung?

Kramp-Karrenbauer: Aus berufspädagogischer Sicht ist die Trennung zwischen beruflicher (Erst-) Ausbildung und Weiterbildung eher künstlich und unscharf, wie auch die Trennung zwischen beruflicher und allgemeiner Weiterbildung. Selbstverständlich müssen berufsbildende Schulen wie alle anderen Schulen auch in erster Linie ihren staatlichen Bildungsauftrag erfüllen. Wir erwarten, dass sie dies in enger Kooperation mit der Region und der regionalen Wirtschaft tun. Wenn im Rahmen dieser Zusammenarbeit an die Schulen die Bitte herangetragen wird, sich in den Feldern, in denen sie aufgrund des staatlichen Bildungsauftrages über erhebliche Expertise verfügen, Weiterbildung anzubieten, die in dieser Qualität in der Region nicht anders erworben werden kann, so ist dies ein Zeichen für eine gelungene Zusammenarbeit und großes Vertrauen. Ich sehe keinen Grund, warum berufsbildende Schulen einer solchen Nachfrage nicht nachkommen sollten, wenn sie deren Erfüllung organisieren können. Dabei ist klar, dass in den Fällen, in denen Schule sich über den engen staatlichen Bildungsauftrag hinaus im Bildungsmarkt der Region engagiert, sie in Konkurrenz zu anderen Bildungsanbietern tritt und dabei auch keine Marktverzerrungen zu Lasten dieser eintreten dürfen. Wir sind sicher, dass berufsbildende Schulen im Zuge zunehmender Selbstständigkeit sehr verantwortungsvoll mit dieser Frage umgehen werden. Pauschale Denkvorbote sind hier fehl am Platze.

Im Übrigen liefern die Fachschulen als originärer Bildungsgang an berufsbildenden Schulen schon seit Jahrzehnten den Beweis, dass Weiterbildung und Qualifizierung von Technikern und Meistern an staatlichen Schulen erfolgreich ist und auf große Nachfrage der umgebenden Wirtschaft trifft.

ZBW: *Die europäische Entwicklung führt im Zuge des so genannten Bologna-Prozesses zu nachdrücklichen Veränderungen in den Hochschulen. Unter den Stichworten „Europäischer Qualifikationsrahmen (EQF)“ und der Einführung von Kreditpunkten auch im Ausbildungsbereich (ECVET) werden ähnliche Veränderungen auch im Bereich der Berufsbildung angestrebt. Wo sehen Sie die Chancen und Herausforderungen für die beruflichen Schulen aus diesen Entwicklungen?*

Kramp-Karrenbauer: Berufsbildende Schulen können von der Einführung des Europäischen Qualifikationsrahmens und der Entwicklung eines Deutschen Qualifikationsrahmens nur profitieren. Es wird sich dabei zeigen, dass sie durchaus in der Lage sind, mit ihren vielfältigen, auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler gleichermaßen wie auf die Bedürfnisse der Region abgestimmten Bildungsgängen vier oder fünf Qualifikationsstufen abzudecken. Die Diskussionen zur Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung werden in völlig neuem Licht erscheinen.

Und die Anforderungen des EQF an die Beschreibung von Lernergebnissen zeigen, dass die Kultusministerkonferenz mit ihrer Entscheidung, Lehrpläne für den berufsbezogenen Unterricht in der Berufsschule nach Lernfeldern zu strukturieren, einen richtigen und modernen Weg gegangen ist. Wenn wir uns entscheiden, eigene, berufsbezogene Bildungsstandards beispielsweise für berufliche Vollzeit-Bildungsgänge zu entwickeln, wird das Lernfeld-Konzept zum Vorbild genommen werden.

Bei der Entwicklung des Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung (ECVET) stehen wir in Deutschland noch am Anfang. Dennoch ist schon heute zu erwarten, dass durch eine am Outcome orientierte Zertifizierung von Lernabschnitten Doppellernen – und

damit Vergeudung volkswirtschaftlicher Ressourcen – vermieden werden kann. Auch hier kann ich durchaus einen Flexibilitätsgewinn für die berufsbildenden Schulen sehen, indem auch den unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten der Schülerinnen und Schüler Rechnung getragen werden könnte.

ZBW: *Mit der Föderalismusreform ist das Instrument der BLK-Modellversuche ersatzlos aus der Bildungslandschaft verschwunden. Gibt es seitens der Kultusministerkonferenz Initiativen, dieses für die innovative Weiterentwicklung der beruflichen Schulen so bedeutsame Instrument in einer anderen Weise zu erhalten?*

Kramp-Karrenbauer: Die Kultusministerkonferenz beabsichtigt nicht, das Institut der Modellversuche, wie es sie in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung gab, durch eigene Programme fortzuschreiben. Gleichwohl wird es auch in Zukunft möglich sein, dass sich zwei, drei oder mehrere Länder zusammen finden, um innovative Modelle zu entwickeln, durchzuführen und wissenschaftlich zu begleiten. Auch in diesem Zusammenhang kann ich mir einen Wettbewerb der Länder um die besten Innovationen vorstellen. Anregungen hierzu können beispielsweise aus der gemeinsam mit der Bundesregierung auf den Weg gebrachten regelmäßigen Bildungsberichterstattung resultieren.

Das Interview führten Dieter Euler und Günter Pätzold.